



Industrieforum

Industriebetriebe: Mit dem Rücken zur Wand

Industriepolitik

Industrie Tirol: Die Herausforderungen der Zukunft meistern

Industriekonjunktur aktuell

Die Lage in der Industrie ist nicht gut: Egal ob man zurück oder nach vorne schaut

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 69 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Mag. Sigi Menz
Industrie zwischen Konjunkturkrise
und Strukturkrise

forum

Industriebetriebe: Mit dem Rücken zur Wand **6**

Kommentar: Österreich steht
wirtschaftspolitisch an der Kippe
Christoph Neumayer, Generalsekretär der
Industriellenvereinigung **10**

Die Lage für die Industrie bleibt weiter
schwierig. Der Druck steigt. **12**

Interview:
„Österreich und Europa müssen darauf
achten, dass sie sich nicht aus dem Markt
herauspreisen“
Mag. Michael Otter, Leiter Aussenwirtschaft Austria
in der Wirtschaftskammer Österreich **14**

politik

Standort-„Uphill-Battle“ der Automotiven
Zulieferindustrie Österreichs **18**

Nahwärmeverbund 4.0 für Digitalisierung,
neue Wärmenetztechnologien und techno-
ökonomische Bewertung von Nahwärme. **20**

Serie: Industrie Tirol:
Die Herausforderungen der Zukunft
meistern. **24**

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider **30**

Die Lage der Industrie ist nicht gut: Egal ob
man zurück oder nach vorne schaut
Mag. Andreas Mörk **32**

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht	34
Gesamtindustrie	35
Bergwerke und Stahl	35
Stein- und keramische Industrie	36
Glasindustrie	36
Chemische Industrie	37
Papierindustrie	37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
Bauindustrie	38
Holzindustrie	39
Lebensmittelindustrie	39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
NE-Metallindustrie	40
Metalltechnische Industrie	41
Fahrzeugindustrie	41
Elektro- und Elektronikindustrie	42
Offenlegung, Impressum	42

inhalt

Industrie zwischen Konjunkturkrise und Strukturkrise

Die österreichische Industrie befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage: Die schwache Konjunktur führt gegenwärtig bei vielen Unternehmen zu empfindlichen Lücken in den Auftragsbüchern und verschlechtert somit die kurz- und mittelfristigen Geschäftsaussichten. Gleichzeitig belasten die hohen Energiepreise, die überaus ambitionierten Klimaziele der Europäischen Union und eine nicht enden wollende Flut an bürokratischen Belastungen die langfristigen Perspektiven für industrielle Tätigkeit in Europa.

Autor: Mag. Sigi Menz



Mag. Sigi Menz,
Obmann der Sparte
Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

Die aktuelle Konjunkturlage ist ohne Zweifel schwierig. Erstmals seit Jahrzehnten ist zudem die Industrie vom schwachen Konjunkturverlauf besonders betroffen – ein deutlicher Kontrast zu allen anderen Konjunkturkrisen in Österreich seit den 1990er-Jahren. Grund dafür ist zweierlei: Die globale Nachfrage ist generell schwach, was die stark exportorientierte österreichische Industrie naturgemäß besonders trifft; dass zudem die deutsche Industriekonjunktur weiterhin verhalten läuft und die Prognosezahlen für die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie im Gesamtjahr 2024 nach unten revidiert werden mussten, ist angesichts der großen Bedeutung des deutschen Marktes als direktes Exportziel und als Sprungbrett österreichischer Unternehmen in Drittmärkte zusätzlich belastend. Zu dieser schwachen Nachfrage kommt hinzu, dass österreichische Unternehmen mit einer schlechteren Kostenstruktur gegen die internationale Konkurrenz antreten müssen: Rohstoffkosten und Vormaterialpreise der Industrie haben (international) nachgegeben, aber die mas-

siv erhöhten Arbeitskosten der österreichischen Industrie – infolge des in Österreich besonders ausgeprägten Inflationsschubs – erweisen sich als Hemmschuh. Ein inländischer Konjunkturimpuls für die Industrie ist auch nicht in Sicht, da die Investitionstätigkeit im Inland sehr verhalten ist.

Gerade der letzte Punkt bereitet Sorge. Richtig ist natürlich, dass die schwache inländische Investitionstätigkeit eine im Konjunkturzyklus natürliche Reaktion auf geringe Nachfrage, niedrige Kapazitätsauslastung und fehlende Ertragsperspektiven darstellt. Darüber hinaus ist die schwache Investitionstätigkeit aber auch die Verbindungsgröße zwischen schwacher, aktueller Konjunkturlage und belasteter, langfristiger Perspektive: Unternehmen, die mit Sorge oder gar Skepsis die Entwicklung eines Industriestandortes betrachten, werden naturgemäß eine Investition im Zweifelsfall eher nicht tätigen, aufschieben oder aber an einem anderen Standort tätigen.

Im Gegensatz zur medialen oder öffentlichen Wahrnehmung, die den Wegfall der Versorgung mit kostengünstigem Erdgas aus Russland als größte Bedrohung ansieht, ist das viel gravierendere Thema für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Mitteleuropa die politische Willensbildung der Europäischen Union: Und dabei geht es nicht um die Frage, ob Europa den Weg der Dekarbonisierung gehen soll – diese Grundsatzentscheidung wird von

der Industrie nicht infrage gestellt –, sondern wie dieser Weg gegangen werden kann.

Grundsätzlich ist völlig klar, dass die Rolle der Industrie in Europa nicht trotz sondern gerade aufgrund der politischen Zielsetzung der Dekarbonisierung von entscheidender Bedeutung ist: Nur der Industrie kann es gelingen, jene Strukturen und Technologien zu schaffen und anzuwenden, die für Klimaneutralität in Europa unabdingbar sind. Die zentrale Rolle der Industrie in der Umsetzung der Klimaschutzziele wurde im letzten Jahr auch von der EU-Kommission mit dem Industrieplan zum „Green Deal“ anerkannt. Selbst wenn man nicht auf den guten Willen der politischen Verantwortsträger in den EU-Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene setzt, müsste doch schon deren politisches Eigeninteresse ausreichen, um von einer künftig positiven Ausgestaltung der Standortbedingungen für industrielle Tätigkeit in Europa auszugehen.

Wenn viele Unternehmen dennoch skeptisch sind, dann ist das nicht ganz unverständlich. Wie oft schon wurden politische Pläne gewälzt und wohlgesetzt ausformuliert, die dann in einem Strudel verschiedenster – konfliktärer – Ziele und Interessenslagen untergegangen sind, etwa der als Folge der „Subprime-Krise“ 2007/08 entwickelte EU-Plan zur Re-Industrialisierung Europas. Aus Sicht der Industrie ist es daher dringend notwendig, dass man angesichts des extrem ambitionierten Ziels der Klimaneutralität eine klare Zielhierarchie schafft, in der man die für die Zielerreichung zentrale Rolle der Industrie auch mit höchster Priorität versieht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der für die Dekarbonisierung unverzichtbare Ausbau des elektrischen Stromnetzes wird weder bis zum Jahre 2040 noch bis 2050 vorangekommen sein, wenn jeder Kilometer an leistungsfähiger Stromleitung jahrzehntelange Diskussionsprozesse und Genehmigungsverfahren voraussetzt.

Die Skepsis vieler Unternehmen beruht aber nicht nur auf der fehlenden Konsistenz der Ziele (und damit der fehlenden Planbarkeit langfristiger Unternehmensstrategien und damit auch Unterneh-

mensinvestitionen), sondern auch auf einer häufig dilettantischen Umsetzung grundsätzlich positiver Ideen und Initiativen. Ein Beispiel dafür ist das Lieferkettengesetz. Seit Jahrzehnten gibt es Untersuchungen die zeigen, dass die Tätigkeit internationaler Unternehmen in Ländern mit fehlenden (oder bloß rudimentären) arbeitsrechtlichen Bestimmungen beziehungsweise geringer Rücksichtnahme auf Umweltauswirkungen erheblich zu einer Verbesserung von Schutzbestimmungen beiträgt – aufgrund der Vorbildwirkung und des dadurch aufgebauten Drucks auf die Gesetzgeber auch über die unmittelbaren Niederlassungen hinaus. Internationale Unternehmen haben eine wesentlichere Rolle bei der Verbesserung von Standards gespielt als politische Vereinbarungen und Deklarationen. Diese positive Rolle der Unternehmen ließe sich sinnvoll weiter entwickeln und teilweise wohl auch in einen Rechtsrahmen fassen. Stattdessen wird mit dem Lieferkettengesetz aber ein Bürokratiemonster erschaffen, das komplett unadministrativ ist und das Unternehmen in einer Situation ständiger Bedrohung durch willkürliche Anklagen hält.

Das Lieferkettengesetz ist nur ein besonders drastisches Beispiel dafür, dass Unternehmen mit bürokratischen Hürden konfrontiert sind, die – obwohl seit Jahrzehnten die Politik die Entbürokratisierung und Deregulierung angeblich ein Anliegen ist – einen immer größeren Teil der Ressourcen von Unternehmen beansprucht. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht mehr am Erfolg des Unternehmens mit, sie tragen nicht mehr zur noch besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Konsumenten bei, sondern erfüllen ein immer weiter ausuferndes Informationsbedürfnis einer Bürokratie, die oft selbst gar nicht mehr in der Lage ist, diese Informationen zu verarbeiten, geschweige denn als Steuerungsinstrument zu nutzen.

Konjunkturkrise und Strukturkrise der Industrie sind real. Aber ebenso real ist die politische Strukturkrise, die sich in konfliktären Zielsystemen, praxisfremden Regularien und selbstzweckhaftem Bürokratismus äußert. Diese politische Strukturkrise ist wohl die größte Gefahr für den Industriestandort Europa. ■